

in der Strafsache gegen N o t h e n und Andere
wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit

- StS 455/49 (2 - 99/49) -

Termin am 10. Juli 1950.

- - - - -

Vorschlag: Die Revisionen der Angeklagten Nothen,
Brunsberg, Kroh und Thiele werden auf deren
Kosten verworfen.

Auf die Revision des Angeklagten vom Dorff
wird das Urteil, soweit es ihn betrifft, mit
allen Feststellungen aufgehoben und die
Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung,
auch über die Kosten dieses Rechtsmittels, an
das Schwurgericht zurückverwiesen.

[Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wird
das Urteil, soweit es die Angeklagten Kroh
und Thiele betrifft, unter Aufrechterhaltung
der tatsächlichen Feststellungen aufgehoben.
Diese Angeklagten werden wegen Verbrechens
gegen die Menschlichkeit verurteilt, Kroh
in Tateinheit mit drei, Thiele in Tateinheit
mit zwei gefährlichen Körperverletzungen. Zur
erneuten Straffestsetzung und zur Entschei-
dung über die Kosten des Rechtsmittels der
Staatsanwaltschaft wird die Sache an das
Schwurgericht zurückverwiesen.]

Hinsichtlich der Angeklagten Weidmann und
Wimmershoff wird die Sache zur Prüfung der
Frage, ob die ihnen erwachsenen notwendigen
Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen sind,

Vorlage 28. Juni 1950

Köln, den

mit Akten

f.

*Empfänger des Urteilsformul
haupteinst. mit der Bes.
in der Sache.*

an das Schwurgericht zurückverwiesen,
das auch über die Kosten der Rechtsmittel
dieser Angeklagten zu befinden hat.

- - - - -

I.

Die Formalien sind in Ordnung (Bl.172).

II.

Im Jahre 1933 führten die SA. und die SS. in
Hilden zahlreiche Aktionen gegen Angehörige der so-
zialistischen Parteien durch. Diese wurden von SA-
oder SS-Mitgliedern festgenommen, bisweilen unter
Zuziehung von Polizeibeamten, zur Polizeiwache oder
zum Rathausaal, später auch zu dem ständigen SA-
Wachlokal auf der sogenannten Koburg gebracht, dort
von dem SA-Nachrichtendienst, dem die früheren Mit-
angeklagten Bach und Baecker sowie der Angeklagte
Nothen angehörten, vernommen und hierbei von den
anwesenden SA- und SS-Leuten in rohester Weise miß-
handelt. Hieran waren die Angeklagten Nothen, Bruns-
berg, vom Dorff, Kroh und Thiele beteiligt.

I. Der Angeklagte N o t h e n .

1. (Fall 23) Im September 1933 vernahm der frü-
here Mitangeklagte Bach auf der Koburg den von
SA-Leuten festgenommenen Heinrich Meurer. Der
Angeklagte Nothen griff in die Vernehmung ein
und schlug Meurer gemeinschaftlich mit Bach und
dem anwesenden Schreiber.

2. (Fall 26) Im gleichen Monat

rere SA-Männer gemeinsam den von ihnen festgenommenen Kassenboten Josef Gatz auf der Koburg bei dessen Vernehmung durch die früheren Mitangeklagten Bach und Baecker. Der Angeklagte Nothen beteiligte sich hieran, indem er Gatz eine Ohrfeige gab, so daß ihm beide Trommelfelle platzten, von denen das eine nicht wieder geheilt ist.

3. (Fall 27) Ebenfalls im September vernahmen Bach, Baecker und Nothen den von der Polizei festgenommenen Gasstocher Kurt Steiner und mißhandelten ihn hierbei gemeinschaftlich. Der Angeklagte Nothen riß Steiner hierbei an den Haaren und schlug ihn mit der Faust nieder.

4. (Fall 33) Im August 1933 brachte der Angeklagte mit anderen SA-Leuten den Geschäftsführer des Arbeiter-Musikvereins Küpper, nachdem er dessen Wohnung ergebnislos nach Waffen und Propagandamaterial durchsucht hatte, zum Vernehmungsraum der SA. in der Gastwirtschaft Feldmann. Während der Vernehmung schlugen der Angeklagte und ein anderer SA-Mann Küpper ins Gesicht.

5. (Fall 42) Anfang September 1933 vernahm der Angeklagte auf der Polizeiwache das von der Polizei verhaftete frühere KPD-Mitglied Sinemus. Hierbei schlug er auf Sinemus mit einem Gummiknüppel ein.

6. (Fall 42 c) Anfang September 1933 war der Angeklagte zugegen, wie die früheren Mitangeklagten Bach und Baecker auf der Koburg auf den vormaligen Funktionär der KPD Paul Obermeyer bei dessen Vernehmung durch Bach mit Reitpeitschen einschlugen. Der Angeklagte hat Obermeyer selbst weder vernommen noch geschlagen.

7. (Fall 43) Am 8. September 1933 wurde der Arbeiter Wilhelm Schmitt auf der Koburg von SA-Leuten vernommen und mißhandelt. Der Angeklagte holte hierzu 2 andere Häftlinge heran und gab ihnen nach einander einen Gummiknüppel, mit dem sie abwechselnd auf Schmitt einschlagen mußten.

Auf Grund dieses Sachverhalts hat das Schwurgericht den Angeklagten wegen eines in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung in 7 Fällen begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Mit der Revision rügt der Angeklagte zunächst in formeller Hinsicht in den Fällen 26, 33 und 43 die Verletzung der Aufklärungspflicht. Er trägt jedoch entgegen der Vorschrift des § 344 Abs. 2 S. 2 StPO. keine Tatsachen vor, die einen Verstoß gegen § 245 Abs. 1 StPO. ergeben. Er greift vielmehr nur die Beweiswürdigung des Schwurgerichts an, die keinen Rechtsfehler erkennen läßt und deshalb das Revisionsgericht bindet. Die Verfahrensrüge ist deshalb unzulässig.

Auch die nicht weiter ausgeführte Sachbeschwerde des Angeklagten kann keinen Erfolg haben. Daß auf das Vorgehen des Angeklagten gegen politische Gegner in den Fällen 23, 26, 27, 33, 42 und 43 Art. II Nr. 1 c des KRG/10 und gleichzeitig ~~des~~ § 223 a StGB. zutrifft, bedarf keiner näheren Begründung; denn es handelt sich hier um typische Akte eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit, die in teils gemeinschaftlich, teils mit einem gefährlichen Werkzeug ausgeführten körperlichen Mißhandlungen bestehen. Etwas

dürftig sind die tatsächlichen Feststellungen nur im Falle 42 c. Hier hat ^{das Opfer} ~~der~~ das Opfer selbst weder vernommen noch geschlagen. Dennoch ergeben die gesamte Betätigung des Angeklagten und seine maßgebende Stellung bei der Durchführung der Aktionen, daß er nicht nur ein uneteiligter Zuschauer gewesen ist, sondern durch seine Anwesenheit das Vorgehen der übrigen SA-Leute gegen Obermeyer bewußt unterstützt und als eigene Tat gewollt hat. Deshalb wird auch dieser Fall vom Schwurgericht zutreffend der Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu Grunde gelegt und gleichzeitig als gefährliche Körperverletzung angesehen.

Die Revision des Angeklagten war daher mit der Kostenfolge aus § 473 StPO! zu verwerfen.

II. Der Angeklagte B r u n s b e r g .

(1. (Fall 2) Er nahm mit anderen SS-Leuten und einem Polizeibeamten den städtischen Angestellten Karl Hops in einer Julinacht fest und brachte ihn zur Polizeiwache. Dort wurde Hops von dem früheren Mitangeklagten Brieden illegale Betätigung vorgeworfen. Als er abstritt, fielen die SS-Leute über ihn her und schlugen so lange auf ihn ein, bis er ohnmächtig am Boden lag. Dann übergossen die SS-Leute Hops mit Wasser und mißhandelten ihn, nachdem er das Bewußtsein wiedererlangt hatte, erneut. Unter den Schlägern befand sich auch der Angeklagte.

2. (Fall 3) Am Spätabend des 20. Juli 1933 holte der Angeklagte mit den früheren Angeklagten Marx und Süß und anderen Gesinnungsgenossen den Schneller aus seiner Wohnung. Sie fuhren ihn ^{zur} ~~in~~ ^{den} ~~in~~ Schneller trieben ihn

Verminderter

mit Schlägen und Tritten durch den dunklen Wald den Berg hinan, zogen ihn, oben angelangt, über ein Holzgestell und schlugen mit Gummiknüppeln so heftig auf ihn ein, daß er 2 Wochen im Krankenhaus liegen mußte.

3. (Fall 5) Am 20. Juli nachts gegen 1 Uhr holte der Angeklagte mit einem SA-Mann und dem früheren Mitangeklagten Marx den kommunistischen Stadtverordneten Kurschildgen aus seiner Wohnung und schaffte ihn in die Folterkammer auf der Polizeiwache. Als er dort eine von Marx an ihn gerichtete Frage nach der Abhaltung einer politischen Versammlung wahrheitsgemäß verneinte, brachten der Angeklagte und die anderen Anwesenden Kurschildgen mit Schulterriemen und Gummiknüppeln so schwere Verletzungen bei, daß er 4 Wochen im Krankenhaus liegen mußte.

Diese Darstellung des Sachverhalts ist m.E. im Urteil nicht erforderlich.)

Das Schwurgericht hat den Angeklagten Brunsberg wegen eines in einem Falle in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung, sowie in zwei Fällen in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er beschränkt seine Revision ausdrücklich auf den Strafausspruch, macht jedoch geltend, daß in einem Falle (Hops) die Strafklage verbraucht sei, weil ^{dieser} vom Spruchgericht bei seiner Verurteilung wegen Organisationsverbrechens in den Gründen erörtert worden ist. Diese Angeklagte

2. Revision
1860, 1863,

in d. 1. Instanz
Verurteilung
f. Organisationsverbrechen
v. 16. 7. 21

sich also in Wirklichkeit gegen den Schuldspruch. Da Revisionserklärungen der Auslegung fähig sind, und es auf das ankommt, was der Beschwerdeführer mit der Revision erreichen will, ist die Beschränkung auf den Strafausspruch unwirksam. Indessen kann die Rüge des Angeklagten keinen Erfolg haben. Sie ist nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes (OGHSt.Bd.1 S.293; Urteil vom 6.10.1949 - StS 402/49 -) offensichtlich unbegründet. Auch die sonstige Nachprüfung des Schuldspruchs läßt keinen den Angeklagten beschwerenden Rechtsirrtum erkennen, er wird vom Angeklagten auch nicht behauptet. (Daß der Angeklagte ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit 3 gefährlichen Körperverletzungen begangen hat, liegt auf der Hand. Die Festnahmen in allen 3 Fällen waren widerrechtlich, in den beiden letzten, in denen sie offensichtlich von vornherein zum Zwecke der Mißhandlung der Opfer erfolgten, kann jedenfalls auch der Angeklagte die Rechtswidrigkeit nicht verkannt haben. Deshalb liegen auch mindestens 2 Freiheitsberaubungen vor, wenn das Schwurgericht sich auch über den inneren Tatbestand nicht ausspricht und nicht angibt, in welchen Fällen es Freiheitsberaubung annimmt.)

Sodann bemängelt der Angeklagte zum Strafausspruch, daß das Schwurgericht keine Gründe dafür anführe, warum es ihm nur 6 Monate der Internierungshaft anrechne. Auch darin kann ihm nicht gefolgt werden. Die Anrechnung einer Haft liegt im Ermessen des Richters. Einer Begründung bedarf die Entscheidung hierüber nicht. Das Urteil muß nur erkennen lassen, daß die Frage geprüft worden ist. Das hat der Vorderrichter getan. Daß er sich hierbei von rechtsirrigen Erwägungen habe leiten lassen, ist für ihn nicht

die Urteilsgründe keinen Anhalt.

Die Revision des Angeklagten war daher mit der Kostenfolge aus § 473 StPO. zu verwerfen.

III. Der Angeklagte V o m D o r f f .

1.(Fall 11) Am Abend des 27.2.1933 fiel der Angeklagte mit anderen SA-Leuten gemeinsam über den Vorsitzenden der SPD Robert Giess in dessen Wohnung her. Er wurde von ihnen so geschlagen, daß er besinnungslos zusammenbrach und infolge der erlittenen Verletzungen 4 Wochen das Bett hüten mußte.

2.(Fall 12) Im Anschluß daran nahmen die SA-Leute die bei Giess anwesenden Funktionäre fest. Mehrere, unter ihnen der Angeklagte, stießen bei dieser Gelegenheit den Funktionär Aufmwater mit Pistolen vor die Brust und in den Rücken und zwangen ihn hierdurch zur Duldung einer Leibesvisitation.

3.(Fall 16) Im März 1933 holte der Angeklagte mit anderen SA-Männern den Fabrikarbeiter Hochkeppel aus dem Hause und führte ihn einem SA-Trupp von 6 - 8 Mann zu, der, wie vorher verabredet, über Hochkeppel herfiel und ihn so zurechtete, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der Angeklagte wollte diese Mißhandlungen als eigene.

4.(Fall 42 e) Im Herbst 1933 brachten die Angeklagten vom Dorff und Kroh den von dem früheren Mitangeklagten Baecker festgenommenen und in

Rathaus vergeblich nach Waffen gefragten Laborarbeiter Josef Pohl ins Polizeigefängnis. Dort in der Zelle warfen sie ihn auf die Pritsche und schlugen mit den Fäusten auf ihn ein, hauptsächlich auf den Kopf.

Wegen dieser Betätigung hat das Schwurgericht den Angeklagten vom Dorff wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit "in Tateinheit in je einem Fall mit gefährlicher Körperverletzung,

mit Nötigung,

mit gefährlicher Körperverletzung, diese in Tateinheit

mit Freiheitsberaubung und

mit Körperverletzung im Amt

zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Revision des Angeklagten ist begründet.

Zwar bestehen gegen die Anwendung des Art. II 1 c des KRG. Nr. 10 nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes keine Bedenken. Auch im Falle 16 liegt eine Schädigung von tatbestandsmäßiger Schwere vor; denn er darf nicht für sich betrachtet werden, weil er in Wirklichkeit mit dem Falle 12 eine Einheit bildet. Zutreffend ist auch die tateinheitliche Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung im Falle 11 und wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung im Falle 16. Im Falle 11 wendet der Angeklagte ein, es sei nicht hinreichend festgestellt, daß gerade er sich unter den SA-Leuten befunden habe, unter deren Schlägen und Tritten Giess zusammenbrach. Nach den Urteilsgründen besteht jedoch hieran kein Zweifel; denn das Schwurgericht schließt aus der für glaubwürdig gehaltenen Aussage des Giess, "der den Angeklagten eindeutig als

PURL <https://www.legal-tools.org/doc/525c41/>

diejenige Person bezeichnet hat, die ihn zusammen mit anderen SA-Leuten an der Haustüre derart geschlagen und getreten habe, daß er zusammengebrochen sei". Im Falle 16 vermißt der Angeklagte die Angabe von Tatsachen, aus denen das Schwurgericht die Überzeugung gewann, daß der SA-Trupp Hochkeppel auf Grund einer vorher mit ihm - dem Angeklagten - getroffenen Verabredung mißhandelt hat. Indessen ist die Mitteilung der Beweistatsachen, wie § 267 Abs.1 S.2 ergibt, nicht zwingend vorgeschrieben. Wenn das Schwurgericht sich auf die Anführung des für erwiesenen Sachverhalts beschränkt hat, § 267 Abs.1 S.1 StPO., so liegt darin kein Rechtsverstoß. Insbesondere folgt daraus nicht, wie die Revision meint, daß das Schwurgericht eine gewisse Wahrscheinlichkeit statt einer Überzeugung und Gewisheit gelten lasse. Sodann meint der Angeklagte, das Schwurgericht erörtere nicht, worin es die Freiheitsberaubung erblicke. Die tatsächlichen Feststellungen lassen jedoch hieran keinen Zweifel. Der Angeklagte hat den Hochkeppel in seiner Wohnung festgenommen und dann zu dem 50 m entfernten SA-Trupp geführt, der ihn dann abredgemäß mißhandelte. Durch die Festnahme und das Hinbringen zu dem SA-Trupp beraubte der Angeklagte Hochkeppel des Gebrauchs seiner persönlichen Freiheit. Dieses Vorgehen war offensichtlich und auch für den Angeklagten unverkennbar widerrechtlich. Der Tatbestand des § 239 Abs.1 StGB. ist also gegeben.

Fehlsam ist jedoch die Anwendung deutschen Strafrechts in den Fällen 12 und 42 e. § 240 StGB.

bedrohte die Nötigung in der zur Zeit der Tat geltenden Fassung nur mit einer Höchststrafe von 1 Jahr Gefängnis. Deshalb kann die VO. zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23.5.1947 keine Anwendung finden; denn sie bezieht sich nur auf solche Vergehen, die zur Zeit ihrer Begehung mit einer Höchststrafe von mehr als drei Jahren Gefängnis bedroht waren. Der Strafverfolgungsanspruch wegen Nötigung ist also nach § 67 Abs.2 StGB. im Falle 12 verjährt. Im Falle 42 e nimmt das Schwurgericht eine Körperverletzung im Amte an, § 340 StGB. Die Urteilsgründe enthalten jedoch keine ausreichenden Feststellungen, aus denen sich die Beamteneigenschaft des Angeklagten ergibt. Das Schwurgericht erörtert zwar diese Frage ausführlich bei den früheren Mitangeklagten Brieden, Baecker und Bach. Es verneint sie und erklärt dann, es habe die Beamteneigenschaft nur solchen Angeklagten beigemessen, die ausdrücklich als Hilfspolizeibeamte bestellt und im gegebenen Falle auch in dieser Eigenschaft tätig geworden seien. Daß der Angeklagte vom Dorff zum Hilfspolizisten bestellt worden sei, wird nicht festgestellt. Vor allem fehlt es an jeder Angabe darüber, ob ein etwaiger Bestellungsakt auch durch die zuständige Behörde vorgenommen worden ist und der Angeklagte die Tatsachen gekannt hat, aus denen sich seine Beamteneigenschaft im strafrechtlichen Sinne ergeben soll. Mit der bisherigen Begründung ist also die Verurteilung des Angeklagten im Falle 42 e aus § 340 StGB. nicht aufrechtzuerhalten. Verletzt ist aber durch den Angeklagten in jedem Falle § 223 a StGB.. Auch diese Vorschrift ist, wenn die neue Verhandlung die Beamteneigenschaft des An-

geklagten ergibt und deshalb zu einer Verurteilung aus § 340 StGB. führt, heranzuziehen, weil dann zwischen § 340 und 223 a StGB. Idealkonkurrenz besteht.

Da die Schuld des Angeklagten nur einheitlich festgestellt werden und eine neue Verhandlung möglicherweise seine Beamteneigenschaft ergeben kann, ist das Urteil, soweit es ihn betrifft, im ganzen aufzuheben und die Sache nochmals zu verhandeln.

IV. Der Angeklagte K r o h .

1.(Fall 1) Der Angeklagte Kroh und der frühere Mitangeklagte Baecker nahmen im März 1933 anlässlich einer Durchsuchung den vormaligen Kassierer der KPD Knickenberg fest und brachten ihn auf das Polizeibüro. Während Baecker dort vernahm, schlug Kroh ihn gegen die linke Kopfseite, daß das Blut aus dem Munde floß und Zähne losgingen. Knickenberg mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Sein Gehör ist noch heute beeinträchtigt.

2.(Fall 9) Frauenhoff war im Frühjahr 1933 von SA-Leuten festgenommen und auf das Rathaus gebracht worden, weil er seine Weigerung, in die SA. einzutreten, damit begründet hatte, daß der Ortsgruppenleiter und frühere Mitangeklagte Thiele ein "Meineidsbauer" und der SA-Führer Buchbinder ein Zuchthäusler sei. Tatsächlich hatten Thiele wegen fahrlässiger Abgabe eines Falscheides und Buchbinder wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Jahre 1933 Gefängnisstrafen erlitten. Im Rathaus vernahm Thiele den Frauenhoff und hielt ihm vor, daß er abfällige Äußerungen über die

NSDAP. gemacht habe. Frauenhoff verlangte, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden. Darauf warf Thiele einen Aschenbecher nach ihm, der sein Ziel verfehlte, und schlug ihn dann mit der Hand ins Gesicht, so daß er zu Boden fiel. Das war für die anwesenden SA-Leute das Signal, über Frauenhoff herzufallen und ihn mit Gegenständen und Fußtritten zu bearbeiten. An diesen Mißhandlungen beteiligte sich auch der Angeklagte Kroh. Danach mußte Frauenhoff sich in einem Protokoll als Antifaschisten und Schädling bezeichnen und sich bei dem Angeklagten Thiele und dem SA-Führer Buchbinder entschuldigen.

3.(Fall 42 e) Dieser Fall ist bereits bei dem Angeklagten vom Dorff dargestellt.

Auf Grund dieses Sachverhalts hat das Schwurgericht den Angeklagten Kroh wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit "in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 - einem - Jahr" verurteilt. Nach den Urteilsgründen nimmt das Schwurgericht an, daß der Angeklagte in den Fällen 1 und 42 e eines in Tateinheit mit 2 Körperverletzungen begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit und im Falle 9 einer gefährlichen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung schuldig sei, während es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in diesem Falle verneint. Zur Begründung führt es hierzu an, es sei den Angeklagten nicht darum gegangen, einen politischen Gegner zu treffen, sondern vielmehr darum zu tun gewesen, die Angriffe gegen die persönliche Ehre gegenüber Thiele und Buchbinder zu vergelten. Deshalb verneint das Schwurgericht den Zu-

sammenhang des Angriffsverhaltens des Angeklagten mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Diese Beurteilung wird jedoch dem festgestellten Sachverhalt nicht gerecht. Frauenhoff hatte sich mit seinen Hinweisen auf die Vorstrafen von Thiele und Buchbinder nicht gegen diese persönlich gewandt, sondern gegen die SA., deren Mitglied er nicht werden wollte, weil Vorbestrafte maßgebende Posten in den nationalsozialistischen Organisationen bekleideten. Dementsprechend hielt Thiele ihm vor, daß er die NSDAP.beleidigt habe und zwang ihn, sich als Antifaschisten und Schädling zu bekennen. Damit wurde klar, daß es sich nicht um eine persönliche Auseinandersetzung handelte, sondern um den Einsatz der nationalsozialistischen Machtmittel gegen den Gegner der SA., den dann SA-Leute unter Führung von Thiele in rohester Weise mit schweren gesundheitlichen Schädigungen mißhandelten. Wenn auch zunächst der Gedanke an Vergeltung im Vordergrund gestanden und das Motiv für den Angriff gegen Frauenhoff gebildet haben mag, so ist der sich daran anschließende Überfall in seinen Ausmaßen nur im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft erklärlich. Das gilt insbesondere für den Angeklagten Kroh, der ein persönliches Motiv für die Mißhandlungen gar nicht gehabt hat. Da die Angeklagten Thiele und Kroh selbst die Terrormethoden des nationalsozialistischen Regimes anwandten, ist ihnen auch der Zusammenhang ihres Vorgehens mit der Gewaltherrschaft bekannt gewesen. Mit Recht erstrebt daher die Staatsanwalt-

schaft mit ihrer Revision die Anwendung des KRG.Nr.10 auch auf den Fall 9. Gleichfalls liegt in diesem Falle eine gefährliche Körperverletzung vor. Hingegen entfällt die Verurteilung wegen Nötigung, weil der Strafverfolgungsanspruch insoweit verjährt ist.

In den beiden Fällen 1 und 42 e hat der Angeklagte Kroh ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit 2 gefährlichen Körperverletzungen begangen. Der Angeklagte ist also insgesamt eines in Tateinheit mit 3 gefährlichen Körperverletzungen begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig. In entsprechender Anwendung des § 354 Abs.1 StPO. hat der Senat den Schuldspruch selbst vorgenommen. Zur Straffestsetzung muß die Sache auf die Revision der Staatsanwaltschaft zurückverwiesen werden.

Der Angeklagte Kroh rügt die Verletzung formellen und materiellen Rechts. Zur Ausführung der Verfahrensbeschwerde nimmt er auf die Bemängelung Bezug, die andere Angeklagten vorbringen. Das ist unzulässig (RGSt.Bd.20 S.42). Sodann vermißt er in den Urteilsgründen die Feststellung, daß mindestens 6 Richter des Schwurgerichts die Schuldfragen ohne den geringsten Zweifel bejaht haben. Auch diese Rüge ist unbeachtlich (RGSt.Bd.61 S.217). Die Sachbeschwerde ist nicht näher begründet. Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich jedoch, daß die tateinheitliche Verurteilung wegen Nötigung rechtsirrig ist. Seine Revision ist jedoch im Ergebnis unbegründet, wie der vom Senat gefällte Schuldspruch erkennen läßt.

V. Der Angeklagte Thiele.

Er ist an dem bereits unter IV dargelegten Falle 9 beteiligt, ferner im Falle 15. Dazu stellt das Schwurgericht fest: Im Sommer 1933 nahmen SA-Leute den Amend fest und führten ihn in einen Raum neben der Polizeiwache. Dort vernahm der frühere Mitangeklagte Baecker Amend nach illegalem Material. Amend bestritt. Darauf erklärte der Angeklagte Thiele zu ihm, er solle alles zugeben, sonst wisse er ja, was mit ihm geschehe. Als Amend dennoch nicht gestand, wurde er mit Gummiknütteln so mißhandelt, daß ihm die Sinne schwanden. Danach zwang man ihn, seinen Kopf auf eine bestimmte Stelle des Tisches wie auf einen Richtblock zu legen, und gabe sich den Anschein mit der Axt zuzuschlagen. Diese Quälereien dauerten längere Zeit. Später wurde Amend nochmals schwer mißhandelt.

Das Schwurgericht hält es für möglich, daß der Angeklagte Thiele bei der eigentlichen Mißhandlung nicht mehr zugegen gewesen sei. Es ist jedoch der Überzeugung, daß er als Ortsgruppenleiter durch seine Anwesenheit zu Beginn der "Vernehmung" und die wiedergegebene Bemerkung dem Vorgehen gegen Amend einen besonderen Rückhalt gegeben und auch zu den späteren, aber von vornherein geplanten Ausschreitungen ursächlich mitgewirkt, sie gutgeheißen und gebilligt habe.

Das Schwurgericht spricht den Angeklagten Thiele im Falle 9 einer gefährlichen Körperverletzung in Tateinheit mit Nötigung, im Falle 15

eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig. Die Staatsanwaltschaft erstrebt mit ihrer Revision auch im Falle 9 die Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Ihr kann, wie sich aus den Ausführungen zu diesem Falle hinsichtlich des Angeklagten Kroh ergibt, der Erfolg nicht versagt werden. Der Angeklagte wendet sich mit seiner Revision im Falle 9 gegen die Beweismwürdigung des Schwurgerichts. Diese hält sich jedoch durchaus im Rahmen des § 261 StPO.. Der Angeklagte vermißt eine Auseinandersetzung mit der Aussage des Zeugen Buchbinder. Der Tatrichter ist jedoch nicht gehalten, bei der Beweismwürdigung alle Aussagen im einzelnen zu erörtern. Er muß gemäß § 267 Abs.1 S.1 StPO. nur die für erwiesen erachteten Tatsachen angeben, in denen die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung gefunden werden. Die Nichterwähnung einer Aussage in den Urteilsgründen beweist deshalb noch nicht, daß der Tatrichter nicht das gesamte Beweismaterial seiner Überzeugungsbildung zu Grunde gelegt hat, und bedeutet also keinen Verstoß gegen § 261 StPO.. Unbedenklich ist auch die Annahme des Schwurgerichts, Frauenhoff habe Müller mit der Aufforderung, er solle bekunden, von dem Angeklagten Thiele mißhandelt zu sein, nur auf die Probe stellen wollen. Als diese Äußerung fiel - wenn sie überhaupt gefallen ist -, waren beide Zeugen bereits abschließend vernommen. Eine neue Vernehmung war nicht vorgesehen. Müller hatte im Laufe des Verfahrens mit seinen Angaben mehrfach gewechselt. Das Schwurgericht hielt ihn deshalb für unglaubwürdig. Ebenso beurteilte ihn nach der Überzeugung des Schwurgerichts auch Frauenhoff. Bei dieser Sachlage widerspricht die Annahme des Schwurgerichts, Frauenhoff habe Müller auf die Probe stellen wollen, weder den Denkgesetzen noch der Lebenserfahrung. Offensichtlich

handelt es sich vielmehr um eine scherzhafte Anspielung auf die ständig wechselnden Bekundungen Müllers. Rechtsirrig ist nur die Verurteilung wegen Nötigung. Sie entfällt weil der Strafverfolgungsanspruch insoweit verjährt ist. Hingegen ist eine Verjährung hinsichtlich der gefährlichen Körperverletzung nicht eingetreten. Das ergibt sich schon daraus, daß sie in Tateinheit mit einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurde (OGHSt.Bd.1 S.198, 203, 305).

Im Falle 15 rügt der Angeklagte eine Verletzung des § 266 StPO., weil dieser Fall nicht Gegenstand der Anklage gewesen sei. Ein Verfahrensverstöß liegt jedoch nicht vor; denn auch dieser Fall gehört in den tatsächlichen Zusammenhang des einen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, wegen dessen die Anklage erhoben worden ist (OGHSt.Bd.1 S.260).

In sachlich-rechtlicher Hinsicht bestehen gegen die Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit keine Bedenken; denn der Angeklagte hat, wie die tatsächlichen Feststellungen des Schwurgerichts zweifelsfrei ergeben, zu der tatbestandsmäßigen Schädigung des Amend durch ein eigenes Angriffsverhalten beigetragen. Was er in der Revision hiergegen vorbringt richtet sich nur gegen diese Feststellungen und ist deshalb unbeachtlich.

Schließlich enthalten auch die Strafzumessungsgründe keinen den Angeklagten beschwerenden Rechtsfehler. Der Angeklagte meint, das Schwurgericht habe es ihm nicht strafscherfend anrechnen

*führt ihn mit
gewissenhaft
in vornehmlicher
sich ordnungsgemäß
kann mit Gewinn
bei,
müde*

dürfen, daß er Ortsgruppenleiter gewesen sei. Das Gegen-
teil ist der Fall. Seine einflußreiche Stellung legte ihm
in besonderem Maße die Pflicht auf, mit gutem Beispiel
voranzugehen und andere Mitglieder der NSDAP. oder deren
Gliederungen von der Begehung so unmenschlicher Grausam-
keiten abzuhalten. Er machte sich jedoch, wie das Schwur-
gericht hervorhebt, kein Gewissen daraus, die politischen
Gegner der Partei mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Diese verwerfliche Einstellung des Angeklagten hat das
Schwurgericht zutreffend strafscharfend verwertet. Die
Annahme der Revision, daß das Schwurgericht hiermit die
gleichen Tatsachen der Strafzumessung zu Grunde legt, die
seine Bestrafung herbeiführen, entbehrt jeder Grundlage.

Die Revision des Angeklagten Thiele war daher mit
der Kostenfolge aus § 473 StPO. zu verwerfen.

VI. Die Angeklagten Weidmann und Wimmershoff.

Sie sind vom Schwurgericht freigesprochen worden. Es hat
ihren Anträgen, die ihnen erwachsenen notwendigen Aus-
lagen der Staatskasse aufzuerlegen, nicht entsprochen.
Mit der Revision erstreben sie eine Berücksichtigung
ihrer Anträge.

Ob der Staatskasse die einem Angeklagten erwachse-
nen notwendigen Auslagen aufzuerlegen sind, ist Sache des
richterlichen Ermessens. Das Revisionsgericht kann die
hierüber getroffene Entscheidung des Tatrichters deshalb
nur daraufhin nachprüfen, ob er sich bei der Ausübung
seines Ermessens von rechtsirrigen Erwägungen hat leiten
lassen. Das Schwurgericht erklärt zu der Ablehnung der
Anträge, den Angeklagten habe zwar ein Anspruch auf Be-

stellung eines Pflichtverteidigers zugestanden. Diesem Anspruch hätte aber in der Weise genügt werden können, wie dies auch durchweg geschehen sei, daß den bereits in diesen Sachen bestellten Verteidigern weitere Verteidigungsaufträge zugewiesen wären. Dadurch wäre eine weitere Belastung der Staatskasse vermieden. Es erschiene deshalb nicht angemessen, der Staatskasse durch nachträgliche Zubilligung von Erstattungsansprüchen zu belasten. Diese tatsächlichen Erwägungen lassen keinen Rechtsirrtum erkennen. Auch die Billigkeitsgründe, die die Angeklagten anführen, können in der Revisionsinstanz keine Berücksichtigung finden (RG.St.Bd.16 S.421 (425)).

Das Schwurgericht befaßt sich jedoch nur mit den den Angeklagten entstandenen Verteidigerkosten, nicht aber mit den sonstigen Auslagen, z.B. für Reisen. Es ist deshalb die Möglichkeit nicht ganz auszuschließen, daß das Schwurgericht von einem unrichtigen Rechtsbegriff der notwendigen Auslagen ausgegangen ist, und daß seine Entscheidung teilweise anders ausgefallen wäre, wenn es sich klar gemacht hätte, daß sich die notwendigen Auslagen nicht in den Verteidigerkosten erschöpfen. Aus diesem Grunde bedarf die Frage erneuter Prüfung. Die Revisionen dieser Angeklagten sind also begründet.

